

Erscheint
Dienstags und
Freitags.
Zu beziehen
durch alle Post-
anstalten.

Weißeritz-Beitung.

Preis
pro Quartal
10 Ngr.
Inserate die
Spalten-Beile
8 Ngr.

Amts- und Anzeige-Blatt der Königlichen Gerichts-Ämter und Stadträthe zu
Dippoldiswalde, Frauenstein und Altenberg.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Tagesgeschichte.

Dippoldiswalde. An die Stelle des kürzlich verstorbenen Rathmannes Hrn. Dr. Poppe ist von unseren Stadtverordneten in ihrer Sitzung am 21. Nov.

Herr Kaufmann F. A. Richter auf die Zeit von 2 Jahren gewählt worden, als wie lange das Amt des oben genannten Verstorbenen noch gewährt haben würde.

— In neuerer Zeit scheinen sich, wie aus den Bekanntmachungen unserer Behörden hervorgeht, die Diebstähle in der Stadt und näheren und weiteren Umgegend zu mehren, was Alle zu erhöhter Vorsicht und Wachsamkeit auffordern wird.

— Die Theatergesellschaft des Hrn. Dir. Körzinger, die längere Zeit in Glasbütte Vorstellungen gegeben, welche stets großen Beifall und zahlreichen Besuch fanden, wird nunmehr nach Schmiedeberg kommen. Da den Bewohnern dieses Ortes lange Zeit eine solche Gelegenheit nicht geboten war, so steht gewiß auch hier der Gesellschaft eine rege Theilnahme bevor.

Dresden. In der Sitzung der Zweiten Kammer am Dienstag, in welcher die Herren Staatsminister Hr. v. Beust und Dr. v. Falkenstein anwesend waren, stand auf der Tagesordnung die von dem Abg. Mammen eingebrachte Interpellation wegen Schleswig-Holsteins. Sämmtliche Tribünen waren in allen ihren Räumen gefüllt und vermochten das andrängende Publikum nicht zu fassen.

Es erhält das Wort Abg. Mammen. Nach den Eingangsworten, daß diese Frage nicht nur auf der Tagesordnung der Kammer, — nein, auf der des deutschen Volks sich befinde, wirft derselbe einen Rückblick auf die, die Herzogthümer betreffenden Vorgänge seit dem offenen Briefe des Dänenkönigs im Jahre 1848. Die Hoffnungen, welche sich an die damalige Erhebung geknüpft, seien, wie so manche andere, gescheitert; deutsche Truppen hätten schließlich das Schergenamt für die Dänen übernommen. Heute trete dieselbe Frage in bestimmterer Gestalt an uns heran; jetzt sei zu beweisen, ob die Deutschen Rechte und Ehre wahren könnten. Das deutsche Volk sei einig in dieser Angelegenheit, es blicke erwartungsvoll auf Das hin, was die Regierungen thun würden. Wenn man jetzt die deutsche Ehre vergesse, so dürfe man überhaupt nicht mehr von einem Deutschland reden, und das letzte Blatt deutscher Geschichte würde mit den Worten beschrieben sein: Die Nation ging zu Grunde durch Uneinigkeit; diese machte sie rechtslos, ehrlos. Mit Befriedigung ersehe das deutsche Volk, daß ein ehrlicher deutscher Fürst vorangehe; aber blicke man auf

die übrigen Regierungen, so wisse man, was zunächst Preußen betreffe, wohl, daß dessen Volk zu uns stehe; indessen frage man sich, ob die preussische Regierung nicht durch innere Wirren gehemmt sein würde. Was man aus Oesterreich höre, laute lau und flau, und doch gehöre Oesterreichs Macht zu Deutschland und sei unerlässlich für dessen energische Politik. Was die übrigen Bundesstaaten betreffe, so höre man, daß einige derselben dem Londoner Protocolle beigetreten wären; indessen sei dieses ein leeres Stück Papier, und kein Staat habe das Recht, das deutsche Recht zu verschauern. Es müsse schnell und energisch vorgegangen werden; ein großer Krieg sei zwar stets dem Fortschritte hinderlich, bringe Lasten und Gefahren; aber für Deutschlands Ehre müsse er ausgefochten werden, wenn nöthig, bis zum Messer. (Bravo!)

Hierauf erhob sich Herr Staatsminister v. Beust zur Beantwortung. Er sagt unter anderm, daß für die sächsische Regierung die erste und nöthigste Aufgabe die sei, daß den in dieser Frage nunmehr von dem Bunde zu fassenden Beschlüssen in keiner Weise, sei es durch einen Act des Handels oder des Geschehenlassens, vorgegriffen werde. Es sei daher bereits am 18. November an den königl. sächsischen Bundestagsgesandten die Weisung, und zwar auf telegraphischem Wege, ergangen, sich entschieden dahin auszusprechen, daß, so lange der Bund die Successionsfrage nicht erledigt habe, ein dänischer Gesandter in der Bundesversammlung nicht zuzulassen und ein Creditiv desselben nicht anzunehmen sei. (Bravo!) Im Verfolg der am vorigen Sonnabend, am 20., stattgefundenen Bundestagsitzung aber, woran, nicht im Einklang mit der diesseitigen Auffassung, der bisherige königl. dänische, herzoglich holstein-lauenburgische Bundestagsgesandte Theil genommen habe, sei am 23. Nov. der sächsische Bundestagsgesandte angewiesen worden, in der Bundesversammlung einen förmlichen Antrag einzubringen, dahin gehend:

„Es sei bis zu dem möglichst zu fördernden Austrage der Sache die Zulassung eines Abgesandten Sr. Maj. des Königs von Dänemark zu den Verhandlungen der Bundesversammlung nicht für statthaft zu erachten, auch von dem Entgegennehmen von Beglaubigungsschreiben eines königlich dänischen Abgesandten als Mitglied der Bundesversammlung abzusehen; — ferner: Es seien unverzüglich die nöthigen Anordnungen zu treffen, damit das für Holstein bestimmte Executionscorps mit der den Umständen entsprechenden Verstärkung in Holstein und Lauenburg einrücke, um diese Bundesländer bis zu dem Zeitpunkte befestigt zu halten, wo der Bund sich in der Lage sehen wird, dem von ihm als rechtmäßig anerkannten Nachfolger in gedachten Herzogthümern letztgedachte Bundesländer zu eigener Verwaltung zu übergeben.“ — (Bravo! von Seiten d. r. Kammern und Tribünen).

„Dies, meine Herren,“ sprach der Redner weiter,